

Kosovo

Franz-Lothar Altmann

Die von 22 Ländern der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich international anerkannte Republik Kosovo ist das letzte Land in Südosteuropa, dessen Bürgerinnen und Bürger Visa-Anträge stellen müssen, wenn sie in die EU einreisen möchten. Fünf EU-Länder (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Ungarn und Zypern) erkennen Kosovo bisher nicht als selbstständige Republik an. Die EU ist in Kosovo sowohl durch ihren Sonderbeauftragten (EU Special Representative, EUSR: seit 1. September 2020 Tomáš Szunyog) als auch mittels der Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX vertreten. Ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen ist seit dem 1. April 2016 in Kraft. Kosovo ist „potentieller Beitrittskandidat“, aber der einzige Balkanstaat, der noch keinen Beitrittsantrag gestellt hat.¹

Während der Amtszeit des früheren US-Präsidenten Barack Obama von 2008–2016 war das Engagement der USA auf dem Balkan weniger ausgeprägt, Washington ließ der EU den Vortritt. Obamas Nachfolger Donald Trump hingegen sah die EU nicht als Partnerin an und handelte dementsprechend auch selbstständig auf dem Balkan. So hatte er zeitnah mit der Ernennung des Spaniers Josep Borrell zum Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik am 4. Oktober 2019 den vormaligen US-amerikanischen Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, zum Sondergesandten für die Gespräche zwischen Serbien und dem Kosovo ernannt. Im Juli 2020 bestimmte die EU – unterstützt von Frankreich und Deutschland – mit dem früheren slowakischen Außenminister Miroslav Lajčák einen neuen Sonderbeauftragten für die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Belgrad und Prishtina und für weitere regionale Balkanangelegenheiten. Dies hinderte Grenell jedoch nicht, ohne Absprache mit Brüssel ausschließlich US-amerikanische Balkanpolitik zu betreiben.² Er war die treibende Kraft hinter der Ablösung der am 3. Februar 2020 etablierten Vetëvendosje-Regierung unter Albin Kurti (nach ganzen einhalb Monaten) und wollte den Europäern zeigen, dass die USA auch die sogenannten Brüsseler Gespräche zwischen Prishtina und Belgrad übernehmen könnten.³ Der Einladung nach Washington konnten der neue kosovarische Premierminister Avdullah Hoti und der serbische Präsident Aleksandar Vučić nicht widerstehen. Am 4. September 2020 wurde die sogenannte „Washingtoner Vereinbarung“ auf Betreiben Trumps unterzeichnet, in welchem Kosovo und Serbien die Verbesserung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen in zwei getrennten Dokumenten vereinbarten. Die EU sah sich dabei seitens der US-Administration bewusst übergangen und kritisierte vor allem, dass beide Seiten, Prishtina und Belgrad, sich einverstanden erklärten, ihre Botschaften in Jerusalem aufzustellen.⁴ Als am 15. März 2021 die kosovarische Botschaft in Jerusalem offiziell eröffnet

1 Auswärtiges Amt: EU-Perspektive für Kosovo, 23.12.2020, abrufbar unter: <https://www.auswaertigesamt.de/de/auszenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-kosovo/252526> (letzter Zugriff: 2.7.2021).

2 Volker Pabst: Washington brüskiert die EU auf dem Balkan, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.6.2020.

3 Adelheid Wölfl: Kooperation der EU und der USA in Südosteuropa ist zerstört, in: Der Standard, 3.11.2020.

4 Georgi Gotev: EU regrets Kosovo's decision to open an embassy in Jerusalem, in: Euractiv, 2.2.2021.

wurde, stellte Brüssel nochmal klar, dass in Übereinstimmung mit der UN-Sicherheitsratsresolution 478/1980 alle UN-Mitgliedstaaten ihre Botschaften nach Tel Aviv verlegen müssten, wo sich auch alle Botschaften der EU-Mitgliedstaaten und die offizielle Brüsseler Vertretung befinden. Im Falle Kosovos hatte diese Erklärung allerdings die Folge, dass nunmehr auch Israel Kosovo als unabhängigen Staat anerkennt.

Zwischenzeitlich war es zu einem Ende der von den USA unterstützten Hoti-Regierung in Prishtina gekommen, nachdem das Verfassungsgericht nach einer Beschwerde von Vetëvendosje das Mandat von Etem Arifi, einem Mitglied der Koalitionsmehrheit (61 von 120 Mandaten), für ungültig erklärt hatte, weil dieser im September 2019 wegen Betrugs zu einem Jahr und drei Monaten verurteilt worden war und damit nicht hätte gewählt werden dürfen. Am 14. Februar 2021 fanden somit die sechsten Wahlen innerhalb der letzten 14 Jahre statt, aus den Vetëvendosje mit 58 Mandaten wieder als stärkste Partei hervorging. Am 22. März 2021 wurde die zweite Kurti-Regierung mit 47 Ja- und 30 Nein-Stimmen bestätigt. Zwei Wochen später, am 4. April 2021, wurde die Kandidatin der Regierungskoalition, Vjosa Osmani, erneut zur Staatspräsidentin gewählt, nachdem sie diese Funktion bereits zwischen November 2020 und März 2021 nach dem Rücktritt des nunmehr in Den Haag angeklagten bisherigen Präsidenten Hashim Thaci interimsmäßig innehatte.

Obwohl sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Parlament mehrfach bestätigt hatten, dass Kosovo alle Voraussetzungen für Visa-Freiheit erfüllt habe, konnte sich der Europäische Rat wegen Bedenken einiger Mitgliedstaaten bisher zu diesem Schritt nicht entschließen. Der Hohe Repräsentant der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärte am 24. Mai 2021 ebenso wie der deutsche Bundestagsabgeordnete Peter Beyer, dass in dieser Angelegenheit endlich Fortschritte erzielt werden müssten.⁵ Wenige Tage zuvor hatte auch der Sonderbeauftragte Miroslav Lajčák in einem Online-Gespräch mit Klan Kosova erklärt, dass Kosovo im Falle einer für beide Seiten akzeptablen Vereinbarung mit Serbien den Kandidatenstatus für die EU-Mitgliedschaft erhalten würde. Zuvor war Lajčáks Mandat als Sonderbeauftragter im März 2021 bis zum 31. August 2022 vom Rat verlängert worden.⁶ Die Zuerkennung des Kandidatenstatus bleibt aber weiterhin von der Zustimmung der fünf sogenannten Nicht-Anerkennungsstaaten (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Ungarn und Zypern) abhängig. Eine gewisse Bewegung schien sich hier abzuzeichnen, als Griechenland Anfang Juni 2021 mit Prishtina vereinbarte, dass die kosovarische Handelsvertretung in Athen aufgewertet werde: nunmehr dürfen politische Angelegenheiten auf der Ebene der politischen Direktoren der Außenministerien verhandelt werden.⁷ Allerdings haben die Angehörigen der Vertretung selbst weiterhin keinen Zutritt zur sogenannten Hierarchie des griechischen Außenministeriums, also zu Minister, Vizeminister und Politischem Direktor, auch darf die Vertretung die kosovarische Flagge nicht zeigen.

Weiterführende Literatur

Aleksandar Ivković: Vučić repeats the same messages on Kosovo as two years ago, political impact unlikely, in: *European Western Balkans*, 26.6.2021.

5 *European Western Balkans*: Borrell: Kosovo has met all criteria for visa liberalization, 24.5.2021.

6 Rat der EU: Beschluss des Rates vom 18. März 2021 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2020/489 zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina und andere regionale Angelegenheiten im Westbalkan (GASP) 2021/470, in: *Amtsblatt der EU* L 96/13, 19.3.2021.

7 BETA Briefing: Greece to Upgrade Status of Kosovo Trade Office in Athens, 7.6.2021.